

Vertrauenskrise in der Verkehrswirtschaft: Gewerkschaft und Arbeitgeber im Clinch!

Gewerkschaft und Wirtschaftskammer fordern gemeinsam Investitionen in den Verkehrssektor. Sozialpartnerschaft in Gefahr.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Im aktuellen Streit um den Kollektivvertrag im Busverkehr wird die Verhandlungssituation angespannt. Alexander Klacska, Obmann der Bundessparte Transport und Verkehr in der Wirtschaftskammer Österreich, übt scharfe Kritik an den Aussagen von Roman Hebenstreit, dem Gewerkschaftschef von vida. Klacska bezeichnet die „Vorwürfe gegen einzelne Unternehmen“ als schädlich für das Vertrauen in die Sozialpartnerschaft und macht deutlich, dass solche populistischen Äußerungen die Verhandlungen belasten. In einer Pressemitteilung stellt er klar, dass die Arbeitgeber ein faires Angebot unterbreitet haben, das unter anderem das Recht für Lenkerinnen und Lenker umfasst, reduzierte Ruhezeiten abzulehnen. Trotz der Eskalation bekräftigten die Arbeitgeber ihre Verantwortung für die 15.000 Beschäftigten im Busverkehr und setzten die Kollektivvertragsgespräche für den 5. März fort, wie **OTS** berichtete.

In einem weiteren Schritt haben Gewerkschaft und Wirtschaftskammer gemeinsame Forderungen an die nächste Regierung formuliert. Hebenstreit von vida betont, dass es Kräfte gibt, die an einer stabilen Sozialpartnerschaft interessiert sind. In dem Forderungspaket, das er zusammen mit Klacska präsentierte, wird eine jährliche Investition von einer Milliarde

Euro in den öffentlichen Verkehr gefordert, um Anreize für eine nachhaltige Verkehrswende zu schaffen. Hebenstreit fordert einen 15-Minuten-Takt für alle öffentlichen Verkehrsmittel, um das Angebot vor allem auf dem Land zu verbessern. Diese Vorschläge stammen aus einem Dialog zwischen den Sozialpartnern und verdeutlichen die gemeinsame Suche nach Lösungen im Verkehrssektor. In Bezug auf die finanzielle Unterstützung für den Nahverkehr wird darauf hingewiesen, dass auch die Bahn im Fernverkehr wettbewerbsfähige Angebote benötigen wird. Klacska wies zudem auf die Herausforderungen des Straßengüterverkehrs in der Klimadebatte hin, während das Thema der illegalen Beschäftigung im Transportgewerbe ebenfalls zur Sprache kam. Diese Entwicklungen und Forderungen zeigen die Dringlichkeit einer Einigung, wie auch **Die Presse** festhält.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at